

Politik & Wirtschaft

Extreme Ungleichheit ist kein Naturgesetz und kann rückgängig gemacht werden

Essay Ein internationaler Expertenausschuss warnt: Drastische Ungleichverteilung bedrohe die Demokratie. Ein neues UNO-Gremium soll Abhilfe schaffen.

Joseph E. Stiglitz

Wir haben uns daran gewöhnt, extreme Ungleichheit als eine bedauerliche, aber unvermeidbare Eigenschaft moderner Volkswirtschaften zu betrachten und zugleich als notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Beides trifft nicht zu.

Ungleichheit ist die direkte Folge politischer Entscheidungen: über Steuern, Arbeitsmärkte, öffentliche Investitionen und die Regeln, nach denen unsere Volkswirtschaften funktionieren. In den vergangenen Jahrzehnten haben viele dieser Entscheidungen die Verhandlungsmacht der Arbeit gegenüber dem Kapital geschwächt, Unternehmen und Superreichen ermöglicht, Steuerlücken auszunutzen, und öffentliche Investitionen ausgehöhlt.

Als Vorsitzender des G20-Ausschusses für globale Ungleichheit habe ich mit Fachleuten die weltweite Ungleichheit untersucht. Unsere Erkenntnisse zeigen eine Krise von grossem Ausmass und besorgniserregender Dynamik.

Deshalb schlägt unser Ausschuss formell die Schaffung eines International Panel on Inequality (IPI) vor, eines globalen Gremiums, das teilweise nach dem Vorbild des Weltklimarats (IPCC) gestaltet ist. Das Panel würde regelmässig Analysen zum Ausmass und zur Entwicklung von Ungleichheit, zu ihren Ursachen und Folgen sowie zu Erfolgen und Misserfolgen bei ihrer Bekämpfung vorlegen. Ein solches Wissen wäre von unschätzbarem Wert für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Regierungen und multilaterale Organisationen, die Ungleichheit reduzieren wollen.

Die Mittelschicht wird ausgehöhlt

Einige Zahlen verdeutlichen, was geschehen ist. Von dem seit dem Jahr 2000 neu geschaffenen Vermögen gingen 41 Prozent an das reichste Prozent der Bevölkerung. Die ärmste Hälfte der Menschheit erhielt lediglich 1 Prozent. Während am einen Ende des Spektrums einzelne Vermögen Hunderte Milliarden umfassen, müssen am anderen Ende 2,3 Milliarden Menschen, also etwa jede vierte Person, regelmässig Mahlzeiten auslassen.

In einigen Ländern gibt es deutliche Hinweise auf eine Aushöhlung der Mittelschicht. Das bedeutet, dass immer mehr Menschen, die täglich hart arbeiten, sich Medikamente oder das Heizen ihrer Wohnung nicht mehr leisten können. Die Frustration vieler Bürgerinnen und Bürger ist berechtigt, wenn ein Wirtschaftssystem, das so viel Wohlstand schafft, gleichzeitig so viele Menschen ums tägliche Auskommen kämpfen lässt.

Ungleichheit beeinträchtigt nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Sie stellt auch eine tiefgreifende und unmittelbare Bedrohung für die De-



Das Vermögen der Reichsten wächst: Versteigerung von Luxusportautos im Hotel Dolder Grand in Zürich im Oktober 2025. Foto: Jonathan Labusch

mokratie dar. Ein Milliardär kann sich eine Superjacht oder einen Privatjet kaufen. Weitaus folgenreicher ist die Möglichkeit, politischen Einfluss zu gewinnen und Agenden überproportional zu prägen. Weltweit üben Konzerne und wohlhabende Eliten einen übermässigen Einfluss aus und gestalten Gesetze, Regulierungen sowie die Geld- und Fiskalpolitik zu ihren Gunsten.

Ebenso wichtig ist die Frage, wie Vermögensungleichheit zur Kontrolle über jene Kanäle führt, über die wir die Welt verstehen. Sechs Superreiche kontrollieren neun der zehn grössten Social-Media-Plattformen der Welt, während die Hälfte der globalen Medienlandschaft Milliardären gehört. Der öffentliche Marktplatz des 21. Jahrhunderts



Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz. Archivfoto: Nicole Pont

gehört heute nicht mehr der Allgemeinheit, sondern einer Handvoll Männern. Das untergräbt unsere Gesellschaften und zersetzt unsere Politik.

Das Resultat bewusster politischer Entscheidungen

Doch extreme Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen von Regierungen. Und weil diese extremen Ungleichheiten politisch geschaffen werden, können sie auch politisch wieder abgebaut werden.

Der weitere Schritt besteht darin, die Ungleichheitskrise mit wissenschaftlicher Genauigkeit zu erfassen. Genau das würde das IPI leisten. Das ist deshalb entscheidend, weil wir trotz der beeindruckenden Arbeit von Forschenden auf der ganzen Welt noch immer keinen Konsens darüber haben, wie sich Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern entwickelt, was ihre Ursachen sind und welche Folgen sie hat. Ebenso fehlt Konsens darüber, wie sich Ungleichheit entlang von Herkunft, Klasse und Geschlecht auswirkt und welche Massnahmen zu ihrer Verringerung beitragen.

Das ist von Bedeutung, weil unterschiedliche politische Massnahmen sehr unterschiedliche Verteilungswirkungen haben können. Eine Steuerreform kann die Ungleichheit in einem Bereich reduzieren und sie in einem anderen gleichzeitig erhöhen. Ein Handelsabkommen kann gesamtwirtschaftliche Gewinne schaffen und gleichzeitig die Realeinkommen von Arbeitnehmenden senken. Technologische Fortschritte können die Produktivität steigern und zugleich die ökologische Nachhaltigkeit beeinträchtigen.

Regierungen müssen diese Folgen kennen, bevor sie Entscheidungen treffen, nicht erst Jahrzehnte später. Hier kommen Länder wie die Schweiz ins Spiel.

Die Rolle der Schweiz

Die Schweiz gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt und profitiert seit langem von einer vergleichsweise hohen sozialen Stabilität. Doch auch sie ist nicht immun gegenüber den Kräften, die Ungleichheit vorantreiben. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Vermö-

gens des Landes, während die untere Hälfte der Bevölkerung weniger als 4 Prozent besitzt.

Im vergangenen Jahr hat unser Ausschuss eng mit den Regierungen Brasiliens, Südafrikas, Spaniens und Norwegens zusammengearbeitet, um einen konkreten Fahrplan für das IPI zu entwickeln. Die Initiative wird von Regierungen, internationalen Organisationen und dem UNO-Generalsekretär unterstützt.

Noch in diesem Monat werden die vier Gründungsregierungen im Rahmen der UNO-Generversammlung Staats- und Regierungsvertreterinnen und -vertreter zusammenbringen, um den Vorschlag für ein IPI zu diskutieren. Bundespräsident Guy Parmelin hat die Möglichkeit, im globalen Kampf gegen extreme Ungleichheit eine wichtige Führungsrolle zu übernehmen, indem er sich für die rasche Schaffung eines IPI einsetzt. Wir hoffen auf seine Unterstützung und auf jene der Schweiz.

Joseph E. Stiglitz erhielt 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften und ist Professor an der Columbia University in New York.

Konzern investiert 7 Milliarden – die Aktie fällt

McDonald's Die Fast-Food-Kette will in den kommenden zehn Jahren weltweit rund 8,5 Milliarden Dollar (etwa 7 Milliarden Franken) in die Modernisierung ihrer Restaurants investieren. Der Konzern will damit unter anderem die Abläufe in den Küchen verbessern, mehr Aufgaben automatisieren und das Angebot stärker auf proteinreiche Speisen ausrichten. «Die Gewinner werden die Unternehmen sein, die mehr Nachfrage schaffen und sie effizienter bedienen», sagte Konzernchef Chris Kempczinski bei einer Investorenveranstaltung in Chicago.

Geplant sind unter anderem grössere Spielflächen, verbesserte Küchen, Abholflächen für Lieferbestellungen und sichtbare Bereiche für die Kaffeezubereitung. Künstliche Intelligenz soll etwa bei der Bestandsverwaltung und der Einsatzplanung helfen. Das KI-System für Bestellungen am Drive-in kann inzwischen Bestellungen auf Englisch und Spanisch mit einer Genauigkeit von 90 Prozent aufnehmen.

Auch beim Speisenangebot will McDonald's nachlegen. Geplant sind unter anderem grillierte Pouletsandwichs und Wraps sowie Produkte wie Eierhäppchen und Bowls. Das Unternehmen testet zudem handpanierte Poulets, die sich nach eigenen Angaben bereits in Asien bewährt haben. Die Anleger reagierten zunächst skeptisch auf die hohen Investitionen. Die McDonald's-Aktie verlor am Mittwoch zeitweise fast fünf Prozent. (nag/DPA)

Nationalrat lehnt Initiative ab

Medikamentenversorgung Zur 2024 eingereichten Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» empfiehlt der Nationalrat dem Volk ein Nein. Ja sagt er hingegen zum direkten Gegenentwurf des Bundesrats. Fünf der sechs Fraktionen im Nationalrat waren sich am Mittwoch in der grossen Kammer einig, dass die Initiative zwar ein echtes Problem anpasse. Der Gegenvorschlag des Bundesrats sei aber besser, weil zielgerichteter als die Volksinitiative. Diese sei breit formuliert und gehe zu weit.

Abgelehnt wurde der Gegenvorschlag des Bundesrats aber von der SVP-Fraktion, welche auch gegen die Volksinitiative eintrat. Der Gegenentwurf des Bundesrats sieht erstens vor, dass der Bund die Versorgungslage künftig zentral und aktiv überwacht. Zweitens soll der Bund bei Bedarf Massnahmen ergreifen können, um Versorgungsstörungen vorzubeugen oder sie zu beheben. Drittens soll er wirtschaftliche Anreize setzen, Beschaffungen tätigen, medizinische Güter selbst herstellen oder herstellen lassen können. Viertens soll die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich gezielt verstärkt werden. Noch hat sich auch der Ständerat mit Initiative und Gegenentwurf zu beschäftigen.

Die Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» wurde von zwanzig Organisationen und Unternehmen des Gesundheitswesens eingereicht. Vertreterinnen und Vertreter sagten bei der Einreichung, Hunderte Medikamente fehlten in der Schweiz. (SDA)